Nr. 509
B 252

Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 27. Oktober 1926
V

# Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur im Ausw. d. Handelsteils: Carl Misch, Berlin Lichterf. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 500.

# Graf Westarps Kampfansage

## Grundsätzliche Opposition der Deutschnationalen?

Graf Westarp hat gestern in Leipzig eine Rede gehalten, die über ihren unmittelbaren Zweck hinaus, für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen deutschnationale Stimmen zu werben, vom Standpunkt der Reichspolitik aus Beachtung verdient. Er hat wiederholt, daß nur ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne, die Deutschnationalen als Regierungspartei empfohlen und dann hinzugefügt:

„Wenn die jetzt regierende Minderheit glaubt, im Winter dieser Wahl (zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokratie) ausweichen, mit anderen Worten nach wie vor als Minderheit mit wechselnder Unterstützung von rechts und links regieren zu können, so wird sie sich davon überzeugen müssen, daß auf diese Weise weder feste Regierungsverhältnisse geschaffen, noch positive Erfolge erzielt werden können."

Die deutschnationale Presse, soweit sie diese Rede kommentiert, unterstreicht, daß sie eine Kampfansage an das Kabinett Marx, den Uebergang der Deutschnationalen zur grundsätzlichen Opposition bedeutet. Und die „Deutsche Zeitung" sieht bereits „das Ende des Kabinetts Marx" für die nächste Woche voraus. Was sich die Deutschnationalen von der Verwirklichung ihrer Drohungen, die Mittelparteien in dem Feuer der „sozialdemokratischen Hölle" schmoren zu lassen, versprechen, das setzt ein anderes rechtsstehendes Blatt klar auseinander. Da in den wirtschaftspolitischen Fragen ein kaum überbrückbarer Gegensatz zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie besteht, in anderen Fragen, wie z. B. der Schule, wieder Zentrum und Sozialdemokratie kaum an einem Strange werden ziehen können, würde sich sehr bald entweder für die Mittelparteien die Notwendigkeit ergeben, an die deutschnationale Hilfe zu appellieren, oder aber es würde die gegenwärtige Minderheitskoalition auseinanderfallen. Durch grundsätzliche Opposition glauben die Deutschnationalen, ihre Beteiligung an der Regierung erzwingen zu können.

Politisch nüchterner Urteilende werden sich davon genau die entgegengesetzte Wirkung versprechen und wir von unserem Standpunkte könnten eine unbedingte deutschnationale Opposition nur begrüßen, weil sie der stärkste Anstoß zur Verwirklichung der Großen Koalition sein muß.

Im Prinzip sind die führenden Männer aller Parteien, die für diese einzig mögliche — man kann sagen: natürliche Mehrheitsbildung in Betracht kommen, Anhänger der Großen Koalition. Daß Reichskanzler Marx sie erstrebt, ist bekannt, es sei auch an die Aeußerungen anderer hervorragender Zentrumspolitiker in der jüngsten Zeit erinnert. Vermutlich wird auch auf der bevorstehenden Tagung des Zentrums-Reichsausschusses in Erfurt, auf der (am Sonnabend) auch der Reichskanzler das Wort ergreifen wird, ein neuerliches Bekenntnis zu diesem Koalitionsgedanken abgelegt werden. Der gleichen Einstellung begegnet man nicht nur bei den Demokraten, die stets Vorkämpfer dieser Entwicklung waren, sondern auch bei den leitenden Männern der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Trotzdem ergeben sich aus dem Ueberwiegen der parteitaktischen Rücksichten in den Fraktionen Hemmungen, die trotz der jahrelangen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Außenpolitik bisher nicht überwunden werden konnten. Es hat auch nicht den Anschein, als ob in den nächsten Wochen, sei es auf eine Initiative der Regierung oder großer Parteien hin, eine neue ernsthafte Anstrengung gemacht werden würde, um zu der großen stabilen Mehrheit im Reichstage zu gelangen. Das ist sehr bedauerlich, aber man wird damit rechnen müssen, daß vorläufig das Minderheitskabinett Marx und die Regierungskoalition in ihrer Zusammensetzung keine Veränderung erfahren wird. Die Sozialdemokratie wird zunächst formell „wohlwollende Oppositionspartei" bleiben. Gegenüber der Situation im Frühjahr und im Sommer ergibt sich aber der wesentliche Unterschied, daß die Regierung Marx auf eine deutschnationale Unterstützung in keinem Falle und unter keinen Umständen wird rechnen können. Praktisch wird also die offiziell nicht vorhandene Große Koalition regieren.

Da die Reichsregierung ausschließlich auf die sozialdemokratischen Stimmen angewiesen bleibt, ist sie gezwungen, ihren Kurs auch in der inneren Politik, Finanz- und Wirtschaftsgesetze selbstverständlich mitinbegriffen, so zu steuern, daß die Sozialdemokratie in dem Kielwasser des Regierungsschiffes folgen kann. Und da die Sozialdemokratie nicht das geringste Interesse daran haben kann, das Kabinett Marx zu gefährden, den deutschnationalen Tendenzen Vorschub zu leisten, dem Grafen Westarp zur Führung in der Regierung zu verhelfen, wird sie auch ihrerseits den Bogen nie überspannen dürfen.

Wir haben in der deutschen Republik die gegebene Opposition: die staatsverneinenden Kommunisten und die antirepublikanischen Deutschnationalen, wir werden auch endlich zu der gegebenen Mehrheit der Großen Koalition kommen müssen. Es entspricht nur ganz dem immer noch unpolitischen Sinn unserer Parteien, daß diese Mehrheit sich nicht aus eigenem Beschlusse zusammenfinden kann, sondern erst des Ansporns der Opposition dazu bedarf. r.

## 6 Jahre Zuchthaus in Landsberg

**In dem heutigen Femeprozeß in Landsberg verurteilte das Schwurgericht den Angeklagten Kowalewski wegen Beihilfe zum Morde zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wird auf die Strafe nicht angerechnet.**

## Morgen wieder Schulz-Prozeß

Auf die Angaben des in Landsberg angeklagten Oberleutnants a. D. Schulz erklärt der Amtliche Preußische Pressedienst:

1. Eine Denkschrift des Oberleutnants a. D. Schulz ist im Preußischen Ministerium des Innern nicht eingegangen und auch sonst gänzlich unbekannt.

2. Es ist unwahr, daß die von Schulz geleiteten „Arbeitskommandos" mit Wissen des preußischen Ministers des Innern aufgestellt oder aufgefüllt worden sind.

*

Nach den uns aus Landsberg vorliegenden Meldungen hat, wie schon im Morgenblatt kurz berichtet, Schulz seine Denkschrift dem Oberstaatsanwalt in Landsberg, dem Reichswehrministerium und dem preußischen Justizministerium überreicht.

*

Schulz steht morgen in der Sache **Schlburr und Genossen** wieder vor Gericht, diesmal unter der Anschuldigung der Anstiftung zum vollendeten Morde. Bei der schweren Strafe, die ihm in diesem Prozeß droht, erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß Schulz alles daransetzen wird, um sich von dem Verdachte zu reinigen. Zudem erwartet man eine Erwiderung amtlicher Stellen auf die von Schulz im gestrigen Prozeß gemachten Angaben.

## Erwerbslosenfürsorge

Besprechungen beim Reichskanzler

**Morgen findet beim Reichskanzler Marx eine Besprechung zwischen den Vertretern der Regierung und den Führern der Koalitionsparteien statt, deren Gegenstand die Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge ist. Voraussichtlich wird sich an diese Aussprache noch eine mit den Vertretern der Sozialdemokratie anschließen.**

## Die Ausstellung 1930 in Berlin gesichert

**Die Internationale Industrie-Ausstellung 1930 in Berlin ist nach unseren Informationen gesichert. Oberbürgermeister Böß erläuterte den Plan heute in der Magistratssitzung, die zur Stunde noch fortdauert.**

Wir haben schon berichtet, daß die Vorarbeiten sich im ersten Stadium befinden. Erst in etwa 14 Tagen werden die Beratungen mit allen in Betracht kommenden Industrie-Organisationen aufgenommen werden. Bis dahin wird der Magistrat auch über die Pläne zur Erweiterung des Messegeländes entschieden haben. Ebenso muß vorerst ein Finanzierungsplan aufgestellt werden. Der Reichsinnenminister hat im Prinzip seine Zustimmung zu der Veranstaltung der Ausstellung gegeben und auch eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

Wenn die Dinge sich weiter entwickeln haben, wird ein Ausschuß für die Ausarbeitung der Einzelheiten eingesetzt werden.

Oberbürgermeister Böß machte erst nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung der Magistratssitzung stehenden Punkte von seinen Besprechungen über den Gang der Ausstellungsverhandlungen Mitteilung. **Am nächsten Sonnabend wird eine außerordentliche Magistratssitzung stattfinden, in der wahrscheinlich auch eine Aussprache über die Pläne des Oberbürgermeisters stattfinden wird.** Als feststehend ist noch mitzuteilen, daß außer dem Reich auch die Staatsverwaltung sich bereit erklärt hat, an dem Zustandekommen einer solchen Ausstellung in Berlin mitzuarbeiten und sich an der Aufbringung der erforderlichen Mittel zu beteiligen.

## Die Hohenzollern-Kunstwerke

Finanzministerium und Museumsverein

Von
**Max Osborn**

Das Ergebnis der Vergleichsverhandlungen mit dem früheren Königshaus, dem weite Kreise mit recht gemischten Empfindungen gegenüberstehen, ist auch in der Auseinandersetzung über die Kunstwerke recht unerfreulich. Wie in der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt wurde, hat der Kaiser-Friedrich-Museums-Verein einen „Warnruf" veröffentlicht, dessen Ziel war, wenigstens in Einzelheiten eine für die Allgemeinheit günstigere Verteilung noch zu ermöglichen. Soeben hat nun der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff darauf eine Antwort erteilt, in der vor allem betont wird, die Voraussetzung, „daß zur Durchführung des Vergleichs bezüglich der Kunstwerke noch besondere Maßnahmen erfolgen sollen", sei unzutreffend. Schon jetzt sei „die Bestimregelung bezüglich des Inventars bereitet" — abgesehen von den Schlössern Bellevue und Babelsberg, über die der Vergleich besondere Bestimmungen enthält, und von Wiesbaden, das, wie der Minister mit Recht annimmt, für die Interessen der Museumsverwaltung „ohne Belang sein dürfte".

Mit dürren Worten: es ist nichts mehr zu machen, und es bleibt alles bei den offenbar schon bis ins letzte getroffenen Vereinbarungen, die auch das Material der Magazine bereits Stück für Stück aufgeteilt haben. Staat und Oeffentlichkeit wird nichts anderes übrigbleiben, als sich mit den vollzogenen Tatsachen abzufinden. Gleichwohl ist es unerläßlich, sich noch einmal mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, zumal da, wie sich nachher zeigen wird, ein wichtiger Punkt noch der Klärung harrt.

Der Finanzminister erinnert den Museums-Verein daran, daß die ersten Vereinbarungen über die Verteilung der Kunstwerke aus Hohenzollernschem Besitz in den Jahren 1919 und 1920 von der Museumsverwaltung getroffen wurden. Das ist gewiß richtig. Aber diese Tatsache kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man bei den späteren Verhandlungen von 1925 und 1926 es auf sonderbare und unverständliche Weise unterlassen hat, die Einzelheiten noch einmal mit den Museumsdirektoren durchzusprechen. Wohl hat sich, wie man hört, das Finanzministerium mit der Stelle des Kultusministeriums, der die Museumsverwaltung untersteht, in Verbindung gesetzt — aber es scheint, als stießen wir hier wieder auf eine der verstimmenden Unerquicklichkeiten, die das völlig unmögliche Verhältnis des betreffenden Referenten im Kultusministerium mit den Leitern der Museumsabteilungen in immer neuen Varianten hervorbringt. Soll man es für möglich halten, daß bei den letzten Verhandlungen die bedeutenden Fachleute der Museen selbst teils überhaupt nicht, teils nur gelegentlich und ganz unsystematisch, teils im letzten Augenblick, sozusagen fünf Minuten vor zwölf, und auch da nicht mündlich, sondern — telephonisch befragt wurden? Daß hier wieder etwas nicht in Ordnung gewesen, wovon die Allgemeinheit den Schaden zu tragen hat, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die Antwort des Finanzministers an den Museums-Verein hebt sodann hervor, daß durch den jetzigen Vertrag eine Reihe von Kunstwerken an den Staat übergehen, die nach den ersten, sechs Jahre zurückliegenden Verhandlungen dem früheren Königshaus zufallen sollten. Auch das ist zutreffend, und es ist ohne Zweifel zu begrüßen. Indessen es beweist doch nur, daß sich eben an dem ursprünglichen Kunst-Vergleichsentwurf Korrekturen und Verbesserungen anbringen ließen. Ist dies aber der Fall, so wird niemand bestreiten, daß diese Möglichkeiten unter Umständen noch viel besser hätten ausgenutzt werden können, wenn man die erfahrensten und besten Spezialkenner zu Rate gezogen hätte. Daß dies nicht geschah, bleibt bedauerlich und unerklärlich.

Von verschiedenen Seiten her ist der Verdacht laut geworden, daß in jüngster Zeit eine Reihe wichtiger Gemälde und kunstgewerblicher Meisterstücke, die, wie man nach dem Vergleich annehmen muß, dem Staat verbleiben sollen, gleichwohl aus den Schlössern verschwunden seien. In den meisten dieser Fälle hat es sich jedoch, wie nunmehr festzustehen scheint, um Mißverständnisse gehandelt. Aber den Kunstfreunden und darüber hinaus dem ganzen Volk kann es nicht gleichgültig sein, daß schon früher mit sehr bedeutenden Werten offenbar nicht so umgegangen wurde, wie es hätte geschehen sollen.

Der Vorfall mit dem Hobbema spricht Bände. Er ist, daran ist nicht zu rütteln, vor der Zeit aus dem Magazin einem Angehörigen des früheren Königshauses oder einem seiner Beauftragten ausgeliefert worden. Man kann sich mit einiger Phantasie ausmalen, wie so etwas vor sich gegangen sein mag. Wie irgendeine beamtete Stelle unter dem Einfluß ehemaliger Verkehrsgewohnheiten mit „hohen Herrschaften" oder Angehörigen des Hofstaates weich wurde, auch „gar nichts dabei fand", weil man ihr bedeutete, daß das betreffende Bild ja zu denen gehöre, die nach dem Vergleich — der freilich damals erst Entwurf und noch lange nicht Gesetz war! — der einstmals regierenden Familie zufallen sollten. Was hier geschah, ist indessen beim besten